

## Budgetrede Manfred Eber, KPÖ 13. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
werte Mitglieder der Stadtregierung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die KPÖ ist von den Grazerinnen und Grazern zur zweitstärkste Partei gewählt worden. Offensichtlich wollen das nicht alle in diesem Hause akzeptieren, sonst wäre wohl der Umgang mit unseren beiden Stadträten, Elke Kahr und Robert Krotzer, ein anderer. Ziel der schwarz-blauen Koalition in Graz war aber von Anfang an, die Möglichkeiten der beiden KPÖ-Stadträte einzuschränken. Diese Herangehensweise schadet aber nicht der KPÖ, sondern die Grazer Bevölkerung. Ein Beispiel: Wenn die Mittel für den Ausbau und Neubau von Fahrradwegen auf niedrigstem Niveau eingefroren werden, bedeutet dies, dass der Umstieg auf „sanfte Mobilität“ sicher nicht erleichtert wird.

An diesem plumpen Spiel werden wir uns nicht beteiligen. Wir beurteilen alle Maßnahmen nach dem Nutzen für die Bevölkerung. Aus diesem Grund werden wir einzelnen Kapiteln des Budgets auch unsere Zustimmung geben.

### Verkehr

Als Elke Kahr im April 2017 die Verkehrsagenden erhielt, stellte sich bald heraus, dass die derzeitigen Zuständigkeiten vernünftiges und wirksames Handeln in diesem Bereich erschweren und nicht ermöglichen.

Die Zuständigkeiten im Bereich Verkehr sind auf viele handelnde Personen und Stellen aufgesplittet. Wir haben heute etwa ein Stück auf der Tagesordnung, bei dem es um die Änderung der Kurzparkzonentarife geht. Man könnte meinen, die Verkehrsstadträtin sei dafür zuständig. Mitnichten. Das Stück wird eingebracht vom zuständigen Stadtrat, Finanzstadtrat Riegler. Mit der Kontrolle ist dann bekanntlich die GPS betraut, zuständig dafür ist Vizebürgermeister Mario Eustacchio, die Verkehrsstadträtin Elke Kahr ist dann zuständig für das Parkgebührenreferat.

Das ist nur ein Beispiel - im Bereich des öffentlichen Verkehrs kommen noch der Herr Bürgermeister als Verantwortlicher für die Baudirektion, hier besonders für den übergeordneten Verkehr und die Infrastruktur-Koordination, dazu, es gibt natürlich noch die Holding Graz Linien, für die wiederum der Stadtrat für Beteiligungen, Dr. Günter Riegler, zuständig ist.

Im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung des Öffentlichen Verkehrs, der „Sanften Mobilität“ insgesamt, wäre es meines Erachtens notwendig, die Verkehrsagenden tatsächlich in einer Hand zusammenzuführen. Dass es auch dann zu einer engen Abstimmung mit dem Finanzstadtrat und dem Bürgermeister kommen muss, versteht sich aus meiner Sicht von selbst.

Im Bereich Verkehr ist es - wie in vielen anderen Bereichen auch - notwendig, dass die gesamte Stadtregierung an einem Strang, im Idealfall auch noch in die gleiche Richtung zieht. Wie sollte diese Richtung aber aussehen?

Wir gehen davon aus, dass Mobilität ein Grundbedürfnis und damit ein Grundrecht der Menschen ist. Die Öffentliche Hand hat dafür Sorge zu tragen, dass dieses Grundrecht

- \* möglichst sicher
  - \* möglichst umweltschonend und
  - \* möglichst attraktiv
- umgesetzt wird.

Das bedeutet, dass Sanfte Mobilität, also der Öffentliche Verkehr sowie der Rad- und Fußgängerkehr, Vorrang bekommen sollen.

Der öffentliche Verkehr ist sozusagen das Herzstück der Mobilität. Der Ausbau insbesondere des schienengebundenen Verkehrs, unserer Straßenbahnen, ist daher oberste Priorität. Selbstverständlich kostet das nicht wenig. Aber nur ein Beispiel: statt eine teure Seilbahn über den Plabutsch zu bauen, deren Sinnhaftigkeit bezweifelt werden darf und die ökologisch negative Auswirkungen hat, könnte man damit schon die Hälfte der Kosten der Südwestlinie bestreiten. Bund und Land sind hier aber ebenso in die Pflicht zu nehmen, denn ganz allein wird die Stadt Graz diese Ausgaben für den gesamten Straßenbahnausbau nicht stemmen können. Zumindest von Seiten des Landes gibt es hier aber erfreulicherweise bereits klare Zusagen.

In diesem Zusammenhang wiederholen wir unseren Vorschlag, eine Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener Dienstgeberabgabe, besser bekannt als „U-Bahn-Steuer“ einzuführen. Wenn jeder Betrieb für jeden Beschäftigten nur einen Euro pro Woche abführt, so könnte das Land Steiermark zumindest 20 Millionen Euro lukrieren, das zweckgebunden für den Öffentlichen Verkehr eingesetzt werden kann. 20 Millionen pro Jahr wohlgerneht.

Zurück zum Thema „Attraktiver Öffentlicher Verkehr“ - das bedeutet beispielsweise eine gute Bedienung auch der Stadtrandgebiete, auch am Wochenende. Hier haben wir ja auch eine sehr starke Bautätigkeit zu verzeichnen und damit einen entsprechenden Zuzug. Attraktiver Öffentlicher Verkehr bedeutet auch, in unseren Straßenbahngarnituren und Bussen größtmöglichen Komfort zu bieten, gute Umstiegsmöglichkeiten auch zu anderen Verkehrsmitteln, wie dies insbesondere bei den multimodalen Knoten (tim - täglich intelligent mobil) möglich ist, überdachte Wartebereiche, entsprechende Sitzgelegenheiten u. v. m. Dazu gehört aber auch die Möglichkeit, Fahrscheine an möglichst vielen Stellen möglichst unkompliziert zu kaufen.

Feinstaubhauptstadt – auch diesen Titel trägt Graz leider. Um diesen Titel aber wieder los zu werden, braucht es die gemeinsame Anstrengung vieler. Insbesondere in der Zeit der erhöhten Feinstaubbelastung können wir uns autofreie Tage vorstellen, selbstverständlich kann dies nur durch zahlreiche begleitende Maßnahmen gelingen.

Bereits seit den 80er Jahren bekennt sich Graz zur Bevorzugung der Sanften Mobilität, 1992 wurde flächendeckend 30 km/h im untergeordneten Straßennetz verordnet. Heute bewegen sich die Menschen in Graz zu 53 % im Umweltverbund, also mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Im Mobilitätskonzept und in den Verkehrspolitischen Leitlinien haben wir ehrgeizige Ziele - einstimmig bzw. mit großer Mehrheit - formuliert. Bis 2021 soll sich dieser Anteil von 53 auf 63 Prozent erhöhen. Der Ausbau der Öffentlichen Verkehrsmittel, der Fuß- und Radwege, die Umsetzung von verkehrspolitischen Zielen über Bebauungspläne und Mobilitätsverträge gehört da ebenso dazu wie die Umsetzung von fortschrittlichen Maßnahmen im Bereich der city logistic. Graz ist hier auf einem guten Weg, wir brauchen den Vergleich mit anderen Städten nicht scheuen. Zugleich ist aber „Luft nach oben“. Wir dürfen auf dem eingeschlagenen Weg nicht

bremsen oder diesen gar konterkarieren. Wir müssen diesen Weg konsequent weiter verfolgen, damit wir diese sehr ambitionierten Ziele zumindest ansatzweise erreichen.

Auch das Thema Wohnen möchte ich kurz ansprechen.

Man kann uns die Zuständigkeit für den Bereich Wohnen entziehen, das ist ja auch geschehen, man kann uns aber nicht die Kompetenz in diesem Bereich entziehen oder absprechen.

Während sich der Herr Vizebürgermeister Eustacchio gerne bei Wohnungsübergaben zeigt, die – nebenbei bemerkt – natürlich schon vor Jahren in der Zuständigkeit von Elke Kahr auf Schiene gebracht worden sind, wird zuwenig darauf geschaut, auch für kommende Perioden die Voraussetzungen für den Bau neuer Gemeindewohnungen zu schaffen. Wenn wir heute Grundstücke kaufen, braucht es im Schnitt einige Jahre, bis neue Wohnungen übergeben werden können. Das liegt in der Natur der Sache. Es braucht den Ankauf von Grundstücken, es braucht Genossenschaften, die Landesförderungen mitbringen und bereit sind, quasi für die Stadt Wohnungen zu bauen, es braucht Bebauungspläne, Bauverhandlungen, das alles kann sich über Jahre ziehen, es gibt aber auch positive Beispiele, wo dies schneller gegangen ist, und es braucht dann noch Firmen, die den Bau errichten.

Wenn wir aber heute keine Grundstücke kaufen, und es sind ja noch keine Ankäufe geplant, dann entsteht hier über viele Jahre ein Rückstau, wo wir keine neuen Wohnungen für die Stadt bekommen.

Nun ist der zuständige Wohnungsstadtrat auf die Idee gekommen, die Anzahl der vorgemerkten Gemeindemieter zu reduzieren, indem die Zugangsbedingungen verschärft wurden. Tatsächlich wurde die Liste wesentlich kürzer, ebenso wie die Wartezeiten, aber kein einziger, der nun keinen Anspruch mehr auf eine Gemeindewohnung hat, ist dadurch wohnversorgt worden. Damit steigt der Druck auf den privaten Wohnungsmarkt, damit steigen die Mieten noch weiter. Aber Probleme im Bereich Wohnen werden dadurch nicht gelöst.

Neben dem Verkehr ist der Bereich Wohnen jener Bereich, in dem wir es mit den höchsten Preissteigerungen zu tun haben.

Leider sieht auch der neu ausgehandelte Grund- und Finanzierungsvertrag für den Verkehrsverbund Steiermark wieder quasi automatische Preissteigerungen bei den Fahrscheinen vor. Diese dürfen (im Durchschnitt aller Tarife, also von der Stunden- bis zur Jahreskarte) um das 1,5 fache der Inflation steigen.

Müll- und Kanalgebühren werden ebenso automatisch indexangepasst, sprich erhöht. Dass es aber auch anders gehen kann, haben ja bekanntlich die Jahre 2015 und 2016 gezeigt. Ein Gebührenstopp in diesem Bereich brachte Entlastungen für die Grazerinnen und Grazer. Dabei ist das städtische Budget nicht aus den Fugen geraten, der Kostendeckungsgrad in diesen Bereichen beträgt immer noch deutlich über 100 Prozent.

Nun kehrte man also bereits im Vorjahr zum Teuerungsautomatismus zurück. Auf der anderen Seite stehen Klub- und Parteienförderung, erhöhte Einkommen für PolitikerInnen und Aufsichtsräte in unseren städtischen Gesellschaften.

Gleichzeitig gibt es Verschlechterungen im Sozialbereich, Stichwort Sozialcard. Meine Kollegin Uli Taberhofer wird hier noch genauer darauf eingehen.

Wir bekennen uns dazu: Runter mit der Klub- und der Parteienförderung, runter mit den Politikerbezügen, gehen wir mit positivem Beispiel voran. Und vor allem in Richtung FPÖ möchte ich sagen, nicht, weil Ihr gerade vor mir sitzt, sondern weil sich die FPÖ so gerne als Partei des kleinen Mannes ausgegeben hat: hört auf, die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft zu traktieren, hört auf, den ArbeiterInnen, den Angestellten, den Beamten, den Frauen, Männern und Kindern das Leben schwer zu machen mit 12 Stunden Tag, mit Leistungskürzungen bei der Mindestsicherung, bei der Notstandshilfe, beim Arbeitslosenbezug!

Es kann nicht sein, dass Sozialcard-InhaberInnen drangsaliert und bevormundet werden und die verantwortlichen PolitikerInnen sich selbst Gehaltserhöhungen und Privilegien zuschanzen.

Zum Schluss möchte ich noch auf einige Zahlen im Budget kurz eingehen:

Wenn das Budget für 2019 einen Überschuss von 16 Millionen Euro vorsieht, so ist das auf den ersten Blick einmal sehr viel Geld. Und jeder Überschuss ist erfreulich.

Setzt man diese 16 Millionen Euro in ein Verhältnis zum Gesamtbudget von etwas über einer Milliarde Euro, so sieht man schnell: rund 1,5 % macht der Überschuss aus.

Dazu noch ein Vergleich: Das Medianeinkommen in Österreich betrug 2017 rund 2.160 Euro, das macht netto knapp 1.570,- Euro aus. Und wenn man nun davon 1,5 Prozent herausrechnet, bedeutet das: nicht einmal 25 Euro verbleiben am Monatsende, um notwendige Investitionen wie der Kauf eines neuen Autos zu finanzieren. Auch wenn man das aufs Jahr hochrechnet, kommen da keine sehr großen Beträge zusammen, der Autokauf muss wohl noch etwas warten. Und wenn dann im Verlaufe des Jahres noch etwas Unvorhergesehenes passiert, ist auch das wenige Ersparte weg.

Warum erzähle ich dieses etwas komplizierte und holprige Beispiel: um zu zeigen, dass auch 16 Millionen Euro nur relativ viel sind, bei einigen Unwägbarkeiten und einigem an Unvorhergesehenem sind auch diese Millionen schnell weg.

Bürgermeister Nagl spricht von einem Budget der sozialen Wärme, vom sozial wärmsten Budget in der 2. Republik überhaupt. Tatsächlich sind knapp über 300 Millionen Euro für den Bereich Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung ausgewiesen. Es stellt sich aber die Frage, wieviel davon sind Pflichtausgaben, also Ausgaben, die die Stadt aufgrund von bundes- oder landesrechtlichen Vorgaben finanzieren muss. Dazu kommt, dass es sich hier in vielen Bereichen teilweise um Durchlaufposten handelt, wo die Kosten letztlich zu einem bestimmten Prozentsatz oder gar zur Gänze von übergeordneten Gebietskörperschaften übernommen werden. Dort, wo die Stadt Graz selbst ihre soziale Ader, ihr soziales Gewissen beweisen könnte, dort sieht es leider etwas anders aus.

Ich möchte aber nicht schwarzmalen und darf daher zum Schluß, Ihnen, Herr Finanzstadtrat, ein Zitat von Theodor Fontane widmen.

Davor möchte ich aber noch meinen herzlichen und aufrichtigen Dank aussprechen: Herrn Finanzdirektor Dr. Karl Kamper und Herrn Michael Kicker, die gemeinsam mit ihrem Team das Budget aufbereitet haben.

Und nun noch das versprochene abschließende Zitat für Sie, Herr Finanzstadtrat:

„Ein Optimist ist ein Mensch, der ein Dutzend Austern bestellt, in der Hoffnung, sie mit der Perle, die er darin findet, bezahlen zu können.“ Theodor Fontane

Danke für die Aufmerksamkeit